



Pressemitteilung

Ansbach, 30. April 2019

Sorgenkind im bundesweiten Vergleich - weit abgeschlagen beim verfügbaren Einkommen

Niedriglohnsektor: Ansbacher erleiden Reallohnverlust von 6,3 Prozent seit Jahr 2000

OLA fordert soziale Leitplanken für kommunale Wirtschaftspolitik – Aktionen am 1. Mai

Die Ansbacher haben heute weniger zum Leben als vor 20 Jahren: Zwischen den Jahren 2000 und 2018 sanken in der Rezitadt die Reallöhne um 6,3 Prozent. Das ist bundesweit der zweitschlechteste Wert aller Gebietskörperschaften nach Offenbach am Main (minus 8,7 Prozent). Mit einem verfügbaren Einkommen in Höhe von 20.737 Euro pro privatem Haushalt und Jahr ist Ansbach weit abgeschlagenes Schlusslicht in Mittelfranken. Das geht aus einer aktuell veröffentlichten Studie der Hans-Böckler-Stiftung hervor (*Rohdaten anbei*).

Die Besorgnis erregenden Zahlen kommentiert die Stadtratsfraktion der Offenen Linken Ansbach (OLA): „Der übergroße Niedriglohnsektor mit sehr hohem Anteil von Beschäftigten in Leiharbeit führt dazu, dass in Ansbach immer mehr Menschen arm trotz Arbeit sind. Gesunkene Reallöhne bedeuten eine schwere Hypothek für das soziale Gefüge in unserer Stadt. Die geringen verfügbaren Einkommen stehen zudem in Zusammenhang mit der schwachen Einnahmesituation des städtischen Haushalts.“

Die Zahlen zeigten, dass manche Stadträte, die meinen, Ansbach gehe es so gut wie noch nie, Realitäten nur eingeschränkt wahrnehmen. Vielmehr müsse die Situation Ansbachs als Sorgenkind bei den Reallöhnen konkrete Konsequenzen in der Kommunalpolitik haben: „Das Verscherbeln von wertvollen Flächen an Unternehmen, die für niedrige Löhne bekannt sind oder kaum Arbeitsplätze schaffen, ist ein Fehler. Die OLA hat oftmals als einzige Fraktion gegen solche Veräußerungen gestimmt und vor den Folgen gewarnt. Jetzt gilt es, soziale Leitplanken in die kommunale Wirtschaftspolitik einzuziehen. Ansbach braucht eine verbindliche Mindestanzahl gut entlohnter, unbefristeter Arbeitsplätze pro Hektar Gewerbefläche.“

Ein Mangel an Wohnraum führe überdies zu einer Abwanderung gerade von Normalverdienern aus Ansbach. Während die Stadt einen Reallohnverlust verzeichnet, stiegen die Einkommen im Landkreis seit 2000 um 23,1 Prozent. Die OLA-Fraktion hat Vorschläge für die Aktivierung von brach liegendem Bauland mittels Baugebot nach §176 Baugesetzbuch gemacht. Zudem blockierten die US-Militärbasen Flächen für eine gesunde Stadtentwicklung. Nicht zuletzt seien auch Land und Bund in der Pflicht: „Von einem höheren Mindestlohn würde Ansbach besonders profitieren. Daher unterstützen wir die Aktionen der Gewerkschaften vor Ort am 1.Mai für gerechte Entlohnung“, kündigt die OLA an.

gez. Boris-André Meyer, Fraktionsvorsitzender

Offene Linke Ansbach -Stadtratsfraktion- ◀ Boris-André Meyer ◀ Würzburger Landstraße 18
91522 Ansbach ◀ Kontakt: Tel. 0981/2059988 ◀ mobil 0160/93104199
mail boris.meyer@offene-linke-ansbach.de ◀ web www.offene-linke-ansbach.de